

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stad

Wochenausgabe 8 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Die Richterscheine der Zeitung infolge des Gewalt- od. Betriebsstreiks besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Nr. 6780 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Teleg.-Nr. 11

Nummer 282

Altensteig, Freitag den 2. Dezember 1927

51. Jahrgang

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Genf, 1. Dez. Zu Beginn der Mittwochs-Nachmittags-Sitzung der Vorsitzende bekannt, daß eine ergänzende Mitteilung der sowjetrussischen Vertretung eingebracht sei, so daß es anzunehmen ist, die Erörterung über die russische Erklärung mindestens bis Donnerstag zu verziehen.

Paul Boncour (Frankreich) drängte auf eine sofortige Ausrede, in der er dann als erster Redner zunächst die Ausschüsse gegen den Vorwurf der Verschleppung und Verwicklung verteidigte. Die russischen Vorschläge hätten im Grunde genommen den Fehler, daß sie sich die Sache viel zu leicht machten. Er betonte, daß die Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes von ganz anderen Erwägungen ausgehen. So verlockend auch die russischen Vorschläge seien, so könnte man doch nicht ohne ein sehr ernstes Risiko auf sie eingehen. Im Falle eines Konfliktes würden die Neuen Staaten zwar im gleichen Maße abgerüstet sein wie die Großen, aber nicht im gleichen Maße zu neuen Rüstungen befähigt sein, so daß sie dem Willen der Großen Staaten ausgeliefert wären.

Graf Bernstorff erklärte, die deutsche Vertretung stehe unbedingt auf dem Boden der Entschlüsse der Völkerbundversammlung, und sei bereit, nach dem Buchstaben und dem Geiste dieser Entschlüsse an der Vorbereitung der Abrüstung mitzuarbeiten. Sowohl die Rede Litwinows wie auch die Paul Boncours Rede in ihm angeht die gegenseitigen Erklärungen zur Zusammenarbeit große Hoffnungen. Die Kritik Litwinows sei allerdings sehr streng ausgefallen. Im Grunde genommen seien Vorschläge, wie Litwinow sie heute gemacht habe, schon früher aufgestellt worden. Auch Wilson habe in seinen 14 Punkten eine vollkommene Abrüstung verlangt. Die strenge Kritik werde aber den Ausschuss sicherlich zu beschleunigter Arbeit anspornen. Graf Bernstorff unterbreitete einen Vorschlag auf Vertagung der Beratung der russischen Anträge bis zum zweiten Jahrestag und auf Festsetzung ihres Datums.

Eine Rede des tschechoslowakischen Außenministers Beneš ging im wesentlichen dem Nachweis, daß die russischen Vorschläge, wenn auch in etwas unbestimmter Form, bereits 1921 und 1922 u. a. durch einen norwegischen Antrag den Arbeiten des Völkerbundes zugrunde gelegt waren.

Lunarscharff (Rußland) wies den in einigen Zeitungen gemachten Vorwurf zurück, daß die sowjetrussische Vertretung die Arbeiten des Abrüstungsausschusses sabotieren wolle. Er verteidigte die russischen Vorschläge und wies gegen den Einwand Paul Boncours darauf hin, daß der von ihm gezielte Mißstand auf keinen Fall schlimmer wäre als die heute bestehende Lage.

Einschubung des Sicherheitsausschusses

Am Schluß der Nachmittags-Sitzung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wurde der von dem Sicherheitsausschub eingelegte, entsprechend einem von Frankreich, Südlawien, Japan und Schweden eingebrachten Antrag wurde darauf verzichtet, dem Sicherheitsausschub ein besonderes Arbeitsprogramm zu geben und lediglich beschloß, ihm für die Aufnahme seiner Arbeiten die entsprechenden Entschlüsse der letzten Bundesversammlung des Völkerbundes, sowie das Sitzungsprotokoll des Abrüstungsausschusses der letzten Völkerbundversammlung zu unterbreiten. Der Sicherheitsausschub, dessen Mitglieder von den beteiligten Regierungen als bald bekanntgegeben werden sollen, erhält das Recht, für seine Beratungen besonders geeignete Persönlichkeiten zeitweise hinzuzuziehen. Präsident Landon richtete an die Vereinten Staaten die Bitte, sich entsprechend dem russischen Beispiel ebenfalls durch einen Beobachter vertreten zu lassen.

Der amerikanische Gesandte Wilson versprach, diesen Wunsch seiner Regierung zu übermitteln. Er gab noch eine längere Erklärung ab, in der er im wesentlichen unter Berufung auf die besondere Lage der Vereinten Staaten betonte, daß sein Land nach wie vor entschlossen sei, Fragen, die die europäischen Staaten allein angehen, diesen ganz zu überlassen. Die Vereinten Staaten könnten auch, wie bereits sein Vorgänger erklärt habe, seiner Kontrolle zur Durchführung des Abrüstungsabkommens zustimmen. Das gleiche gelte für die Schiedsgerichtsbarkeit und die Sicherheit. Dementsprechend würden die Vereinten Staaten auch an den Arbeiten des Sicherheitsausschusses nicht teilnehmen.

Der russische Vertreter Litwinow erklärte, daß seine Regierung sich am Sicherheitsausschub nicht beteiligen könne, weil sie nicht im Völkerbund sei. Nach der Auffassung der Sowjetvertretung sei der Sicherheitsausschub nur geeignet, die Aufmerksamkeit von der großen Frage der Abrüstung abzulenken. Nach wie vor stehe Sowjetrußland auf dem Standpunkt, daß nur die sofortige und vollständige Abrüstung die einzige Gewähr für den Weltfrieden sei.

Der vorbereitende Abrüstungsausschub nahm jedoch den Antrag seines Präsidenten an, monach die Sowjetunion einen Beobachter in den Sicherheitsausschub entsenden kann.

Die erste Sitzung des Sicherheitskomitees

Genf, 1. Dez. Das gestern gebildete Sicherheitskomitee ist heute vormittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten und hat den tschechoslowakischen Außenminister Beneš zum Präsidenten, den kolumbianischen Gesandten in Paris, Arratia, und den früheren schwedischen Außenminister Linden zu Vizepräsidenten gewählt. Deutschland ist vorläufig im Sicherheitskomitee durch Graf Bernstorff vertreten. Auch viele andere Delegationen entsandten nur provisorische Vertreter. Beneš schlug vor, die

Arbeiten des Sicherheitskomitees folgendermaßen einzuteilen: 1. das Schiedsproblem, wobei Beneš auch den Antrag auf Ausarbeitung des allgemeinen Schiedsvertrages erwähnte, den der norwegische Delegierte Hansen bei der letzten Bundesversammlung einbrachte; 2. das Sicherheitsproblem, und in seinem Zusammenhang Prüfung sämtlicher bereits abgeschlossener zwei- oder mehrseitiger Schieds- und Sicherheitsverträge, wozu vom Sekretariat des Völkerbundes eine Zusammenstellung dieser Verträge geliefert werden sollte; 3. die Vollverpflichtungen aus Artikel 11; 4. die praktische Aktion des Völkerbundes aus Artikel 16.

Der griechische Delegierte Politis stimmte den Vorschlägen im wesentlichen zu. Die Aussprache ist noch nicht abgeschlossen.

Die englische Presse zu Litwinows Vorschlag

London, 1. Dez. Der gestern in Genf von Litwinow vorgebrachte Abrüstungsplan wird von der Presse nicht als ernst gemeint angesehen. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ führt aus: Die Absicht der Sowjetregierung dürfte gewesen sein, die anderen Mächte zu veranlassen, deutlich zu erklären, wie weit es ihnen mit dem Gerede über Abrüstung ernst ist. — Die übrigen Blätter bezeichnen die Vorschläge als grotesk.

Französische Blätter über Litwinows Abrüstungsvorschlag

Paris, 1. Dez. Zu dem Vorschlag Litwinows in der vorbereitenden Abrüstungskommission schreibt das „Echo de Paris“, man könne den Vorschlag der Sowjets kaum ernst nehmen, zumal er von Leuten ausgehe, die eine intensive Militärdienstpflicht einführen wollen und über 1.284.000 Soldaten verlaufen. — „Journal“ sagt, Litwinow lehre die Reihenfolge der Faktoren um, wenn er den Grundjah aufstelle, daß die Gendarmen zugleich mit den Verbrechern verschwinden müßten. — „Tournee Industrielle“ meint, Rußland habe in Genf ein neues Beispiel der Kunst gegeben, mit der seine Vertreter auf internationalen Versammlungen, zu denen sie zu erscheinen gerufen, ihre hässlichen Kollegen verhöhnten. — „Deuxième“ meint, die Rede Litwinows sei wohl ein schlechter Scherz, bestimmt für einen sehr primitiv denkenden Kreis.

Streikgefahr bei der Reichsbahn

Streik bei der Reichsbahndirektion Dresden

Dresden, 1. Dez. Nachdem die Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands ohne Ergebnis abgebrochen wurden, sind etwa 1000 Betriebsarbeiter der verschiedenen Dienststellen in den Streik getreten. Die Reichsbahndirektion versucht, durch die Veranziehung von Beamten den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten. Ob das auf die Dauer gelingen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Es ist bereits heute verschiedentlich zu recht bedeutenden Inanspruchnahmen gekommen. Bei Dresden-Plauen kam es heute früh infolge Aufeinanderfahrens zweier Güterzüge zu einer zweieinhalbstündigen Betriebsstörung. Der Unfall soll nach Angaben der Reichsbahndirektion nicht in Zusammenhang mit dem Streik stehen, sondern durch unsicheres Wetter herbeigeführt worden sein. Bei einem Steigen der Zahl der Streikenden muß mit einer Annahmepolizei gerechnet werden. Die Reichsbahndirektion plant die möglichst umgehende Wiedereröffnung der Werkstätten in Dresden-Friedrichstadt. Der Einheitsverband rechnet mit einer Ausbreitung des Streiks über Dresden hinaus, wenn nicht eine sofortige Einigung erzielt werden kann. Bis auf weiteres sind keine Verhandlungen in Aussicht genommen, nachdem die gestrigen Forderungen der Arbeitnehmer: Wiedereröffnung sämtlicher Arbeiter, keinen Lohnabzug, keine Nachregelungen, von der Reichsbahndirektion als unerfüllbar abgelehnt worden sind.

Ultimatum der Berliner Eisenbahner an die Gewerkschaft

Berlin, 1. Dez. Heute vormittag erschien, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, eine Abordnung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes bei der Hauptverwaltung des Eisenbahner-Einheitsverbandes und verlangte sofortige Auskunft darüber, wann die Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft über die Erhöhung der Ortslohnzuschläge zu Ende gebracht werden würden. Die zentrale Gewerkschaft erklärte, daß sie sich erst mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn in Verbindung setzen müßte, um dort eine grundlegende Auskunft zu erhalten. Darauf haben die Vertreter der Berliner Eisenbahner ihren Gewerkschaftsleitungen in ultimativer Form mitgeteilt, daß, wenn bis Donnerstagabend keine Entscheidung gefallen sein sollte, am Freitag eine Generalversammlung der Berliner Eisenbahner stattfinden wird, in der man über die Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel Beschlüsse fassen wird, falls nicht inzwischen eine Verständigung erzielt werden könne.

Das Neueste

findet man Reis in unserer Zeitung, ebenso einen guten Unterhaltungskoff.

Bestellungen auf unsere Zeitung werden stets angenommen

Briand über den gefährdeten Frieden

Paris, 30. Nov. In der Hausausprache der Kammer über den Haushalt des Auswärtigen Amtes führte Außenminister Briand u. a. aus: Es gibt Leute, die den Krieg für unabweislich halten. Ich bin anderer Ansicht, denn ich habe Vertrauen in den Völkerbund. Die Behauptung Cochins (R.), daß Frankreich für die Abrüstung noch nichts getan habe, sei falsch. Zum Beweise verlas Briand folgende Zahlen: Frankreich verfügte 1917 über 30 Panzerkreuzer, 1927 hat es nur noch neun. Die Zahl der Kreuzer ist von 35 auf 9 zurückgegangen, die Zahl der Torpedoboote im gleichen Zeitraum von 270 auf 68, die der Unterseeboote von 70 auf 67. Die Tonnensahl der französischen Kriegsmarine, die 1914 882.500 Tonnen betrug, ist 1927 auf 465.500 Tonnen gefallen. Das Meer hatte 1917 eine Stärke von 990.000 Mann, 1925 zählte es 675.000 Mann und nach der Umbildung, die in Vorbereitung ist, wird es 450.000 Mann stark sein. Frankreich sei sonar bereit, mehr zu tun, wenn seine Sicherheit gewährleistet sei. Außerdem wolle Frankreich ein, die Militärdienstzeit auf 18 Monate und ein Jahr zu beschränken. Briand lobte alsdann die Aufrichtigkeit der deutschen Staatsmänner in Genf und hob hervor, daß in Locarno der Vertreter Deutschlands dem Vertreter Frankreichs anvertraut habe, er habe das Gefühl, daß er nicht gerade eine Lebensversicherung dort abschleife. Das habe auf ihn, Briand, starken Eindruck gemacht, denn er habe hierbei an Rathenau und an Erbertner gedacht. Zum französisch-südlawischen Vertrag legte Briand dar, daß man sich zuerst bemüht habe, einen Vertrag zu erzielen, der die Haltung Italiens gesichert sei. Der französisch-südlawische Vertrag sei hervorgegangen aus der von Frankreich verfolgten Friedenspolitik und man war dabei nur den Anregungen des Völkerbundes gefolgt. Nichts sei in dem Vertrag vernachlässigt worden, damit Frankreich nicht gegen seinen Willen in einen Krieg hineingezogen werden könne. Er habe die feste Hoffnung, daß die bevorstehende Tagung des Völkerbundes die Wolken verschuchen werde, die am politischen Himmel aufgezogen seien und daß hierdurch der Friede konsolidiert werde.

Auf eine kommunistische Anfrage, welches Kolonialmandat Deutschland in Anbetracht der Vergabung aller Mandate eigentlich erhalten solle, erwiderte ein Vertreter der Rechten: „Ein Mandat über Rußland!“. Briand teilte mit, daß das Lösegeld für die beiden Kinder Arnould Steen sowie dessen Beileiter 3.000.000 Franken betragen habe. Die Zahlung dieses Lösegeldes schlebe aber nicht das Recht aus, das Geld wieder zurückzubekommen.

Jouvenel über die Kriegsgefahr

Paris, 1. Dez. Der französische Senator Henry de Jouvenel hat auf Einladung der Universitätsgruppe für den Völkerbund in Brüssel einen Vortrag gehalten, in dem er nach dem Hovasbericht erklärte, man habe geglaubt, daß nach dem Krieg der Frieden endgültig geschlossen werde. Man stelle aber heute fest, daß der Frieden in Versailles nur auf 15 Jahre hergestellt worden sei, also bis zur Räumung der Rheinlande im Jahre 1935. Was werde dann geschehen? Es sei seit 1919 kein solches internationales Friedenssystem erreicht worden. Ein einfacher albanischer innerpolitischer Konflikt, der die nördlichen Stämme Albaniens gegen Achmed Jogu aufbringen würde, würde infolge der beiden Titanoerträge das Eingreifen Italiens zur Folge haben und einen Konflikt am Adriatischen Meer entzünden. Dieser Balkankonflikt werde einen italienisch-französischen Konflikt im Gefolge haben, wie eine einfache Bewegung in Osteuropa in Brand stecken würde. Man erkenne also, daß man zu dem System der Bündnisse und Gegenbündnisse, die vor dem Kriege bestanden, zurückgekehrt sei. Der Frieden könne gegenwärtig nur durch verallgemeinerte Schiedsgerichtsbarkeit und durch Garantien gefunden werden, also durch einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag.

Neues vom Tage

Ende der Zigarrenarbeiterausperrung

Berlin, 1. Dez. In ununterbrochener 22stündiger Verhandlung wurde heute früh eine Vereinbarung getroffen, nach der die beiderseitigen Kampfmaßnahmen sofort aufgehoben werden und die Arbeit möglichst sofort wieder aufgenommen wird. Maßregelungen werden nicht festsitzen. Der geltende Tarifvertrag läuft bis zum 1. April 1929. Die Löhne werden am 1. März 1928 um 12 u. 5. erhöht. Für die Bezirke Hamburg und Bremen wird nur eine 10prozentige Erhöhung der Löhne erfolgen.

Deutsch-englisches Luftverkehrsabkommen

Berlin, 1. Dez. Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-englischen Luftverkehrsabkommen vom 29. Juni 1927 sind heute in Berlin ausgetauscht worden. Das Abkommen ist damit heute in Kraft getreten.

Die Lage der Reichsbahn

Berlin, 1. Dez. In der vom 28. bis 30. November in Berlin abgehaltenen Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft stand die finanzielle Lage der Gesellschaft für das Jahr 1928 zur Beratung. Dem darüber ausgegebenen Bericht ist zu entnehmen: Gegen die Ausgaben von 1927 sind für das kommende Geschäftsjahr Mehrausgaben von 283 Millionen Mark zu berücksichtigen. Eine neue Besoldungsordnung für die Reichsbahnbeamten konnte angesichts des Standes der Reichstagsverhandlungen noch nicht aufgestellt werden. Der Prozentanteil der Personalausgaben ist gegen das Jahr 1913 von 44,16 Prozent auf 77,19 Prozent gestiegen. Die sachlichen Ausgaben sind für die verschiedenen Materialien um 44-67 Prozent gestiegen. Demgegenüber haben sich die Verkehrseinnahmen im Durchschnitt für den Personenkilometer um 22 Prozent und für den Güterkilometer um 30 Prozent erhöht. Unter diesen Umständen hat sich die Hauptverwaltung darauf beschränken müssen, vorläufig für das Geschäftsjahr 1928 einen Vorschlag als Versuch aufzustellen, bei dem trotz der erheblichen Mehrkosten die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden.

Die Opfer der Ueberschwemmung in Marokko

Paris, 1. Dez. Wie Haas aus Marokko berichtet, hat der aus Marokko zurückgekehrte ehemalige Generalgouverneur von Algerien, B. Viollette, erklärt, die Bemühungen in Folge der Ueberschwemmungskatastrophe könnten auf 100 Millionen Franken geschätzt werden. Die Zahl der der Katastrophe zum Opfer gefallenen Europäer könnte nach den letzten ihm zur Verfügung stehenden Nachrichten mit 250 angegeben werden. Was die Zahl der getöteten Eingeborenen betreffe, so sei eine Schätzung sehr schwer, aber man greife mit 2000 bis 2500 wohl nicht zu hoch, da sich die Katastrophe über ein Gebiet von 2500 Quadratkilometern erstreckte.

Die Genfer Verhandlungen ohne Resultat

Genf, 1. Dez. Nachdem sich aus den gestrigen Verhandlungen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses und aus den heutigen Beratungen des Sicherheitskomitees die Unmöglichkeit herauskristallisiert hatte, in dieser Tagung noch einen entscheidenden praktischen Schritt in den Abrüstungsarbeiten vorwärts zu kommen, glaubte man die Tagung werde wenigstens durch politische Besprechungen zwischen Mitgliedern der englischen und der russischen Delegation oder solchen der russischen und der französischen Delegation fruchtbar gemacht. Aber nicht nur die Erwägungen, die man zu Beginn dieser Tagung in Bezug auf eine englisch-russische Fühlungnahme in verschiedenen Lagern hegte, sind geschwunden. Auch die Hoffnungen auf eine den deutschen Wünschen entsprechende Festlegung der zweiten Lesung des Abrüstungsausschusses sind stark gesunken. Graf Bernstorff hatte bekanntlich gestern bei seinem Eingreifen zu Gunsten einer Vertagung der allgemeinen Aussprache über die russischen Anträge die Festlegung der zweiten Lesung auf etwa vier Wochen vor der nächsten Frühjahrstagung des Völkerbundrates verlangt. Leider steht zu befürchten, daß sich die nicht allein von Frankreich ausgehenden starken Bestrebungen auf eine spätere Festlegung der zweiten Lesung durchsetzen werden, und daß die Mehrheit des Abrüstungsausschusses sich dafür entscheiden wird, daß die zweite Lesung erst nach der Frühjahrstagung des Rates, gegen Ende März, beginnen soll, während das Sicherheitskomitee entsprechend den französischen Wünschen bereits im Februar zusammentreten würde.

Amerikas Standpunkt in der Abrüstungsfrage

Washington, 1. Dez. Zu der Genfer Abrüstungskonferenz wurde in Regierungskreisen erklärt, die Vereinigten Staaten könnten keinen Vertrag unterzeichnen, der amerikanische Waffen bei einem Angriffskrieg verleierte. Auch komme eine Beteiligung an einer Abrüstung zu Lande kaum in Betracht, da die amerikanische Armee nur 118 000 Mann betrage und nicht weiter vermindert werden könne. Aber auch hinsichtlich einer Seeabrüstung werde es schwer sein, eine sämtlichen Mächten genehme Formel zu finden. Hiervon abgesehen, begrüße Amerika das Streben nach einer Rüstungsverminderung und nach Abschaffung un-menschlicher Kriegsmethoden, wie Giftgas usw.

Aussprache zwischen Schacht und den Bürgermeistern

Berlin, 2. Dez. Im Berliner Magistrat hegt man, laut „Vossischer Zeitung“, die Erwartung, daß noch heute die angelegentlichste Aussprache zwischen dem Reichsbankpräsidenten Schacht und den Oberbürgermeistern über die städtischen Wirtschaftsinteressen und die Bewilligung von Auslandsanleihen stattfinden wird.

An der Besprechung werden neben dem Präsidenten des Städtetages, Walert, der Oberbürgermeister Böß und der Kammerer Dr. Lange für Berlin, außerdem eine Anzahl Oberbürgermeister aus dem Reich, die in Berlin anwesend sind, teilnehmen. Im Anschluß daran ist für Samstag eine Vorstandssitzung des Städtetages geplant, um zu den Ergebnissen der Besprechung Stellung zu nehmen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. Dezember.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung.

Das Haus einigt sich dahin, die Interpellationen über die Notlage im Ruhrgebiet, im Rheinland und in der Pfalz sowie die Interpellationen über die Verkehrsverhältnisse im Osten am Samstag besonders zu behandeln.

Hg. Aufhäuser (Soz.) begründet dann die sozialdemokratische Interpellation und weist darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht sei. Neue Erschütterungen der Wirtschaft durch weitere Teuerung, Senkung der Reallohn, Erschwerung der Lebenshaltung aller Konsumenten und Steigerung der Not der Rentner seien unausbleiblich, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen würden, um ein weiteres Ansteigen der Preise zu verhindern und die Erhöhung der Einkommen zu fördern. Der Redner weist darauf hin, daß das Reich die niedrigsten Löhne zähle, in Königsberg sogar solche, die unter den Vorkriegslöhnen liegen. Statt mit autem Beispiel voranzugehen, habe sich das Finanzministerium von der Reichsbahn ins Schlepptau nehmen lassen. Der Redner fragt, ob die Reichsregierung endlich die Lohnverbände mit den Organisationen der Arbeiter wieder aufnehmen wolle. Der Redner beantragt Erhöhung der Leistungen der Anstellten- und Invalidenversicherung. Die gegenwärtigen Sozialkassen seien keineswegs zu hoch. Die vom Reichsbankpräsidenten ent-fesselte verbanntvolle Anleihe Diskussion habe das Vertrauen des Auslandes zu unserer Produktionskraft erschüttert. Dr. Schacht habe eine unerhörte Dese gegen die Gemeinden getrieben. Mit Entrüstung müsse man die demunuslose Betrugsmeynung, die sich Dr. Schacht zur Verabwürgung des An-lebens der deutschen Gemeinden vor der Weltöffentlichkeit er-laubt habe, zurückweisen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

beantwortete die soz. Interpellation. Der Minister ging auf das Problem der Auslandsverschuldung ein. Er stellt Sicherheit und produktive Verwendung der bisherigen Auslandskredite fest und erklärt, daß von einer Ueberforderung des Treisinnens und einer quasi-Inflation infolge der stimulierenden Wirkung der Vereinnahmung von Devisen nicht die Rede sein könne. Für die Anleihepolitik der Kommunen fordert er Einfluß in die Gesamtwirtschaft und Gemeinschaftsarbeit mit der Reichsregierung über Richtung, Maß und Tempo der Anleihen. Frucht und Verschwendung müssen wegen des schlechten Beispiels nach innen und wegen des falschen Eindrucks nach außen vermieden werden. Die historische Aufgabe, die Zwangslage der Kommunen durch produktive Verwendung und Sicherheit auch dieser Anleihen zu beheben, müsse aber trotz dieser Bedenken anerkannt werden. Die politische Seite der Auslandsverschuldung berge gewisse Gefahren. Dem stünde aber gegenüber, daß weltwirtschaftlich gesehen, die Verbindung zwischen der Kapitalkraft der Vereinigten Staaten von Amerika und der Produktivkraft des deutschen 70-Millionenvolkes ein glückliches Ereignis sei. Die weiteren Bedenken, die von Gläubigerseite aus hinsichtlich der Priorität der Privatankleihen vor den politischen Schulden aufgetaucht seien, wären in der Zwischenzeit, vor allem auch durch die schla-gende Beweisführung des Reichsbankpräsidenten in seiner Bochumer Rede beseitigt.

Uebergend zu Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik erörterte der Reichswirtschafts-minister darauf die Kartellfrage. Er kam zu dem Ergebnis, daß zu einer grundsätzlichen Aenderung der Kartellpolitik mindestens solange keine Veranlassung vorliege, als nicht die Enquete-ergebnisse vorlägen. An der Zollsenkungsaktion, die einen weite-ren Gegenstand der Interpellation bilde, halte die Reichsregie-rung fest. In diesem Zusammenhang teilte der Minister mit, daß die Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertrags-verhandlungen heute abreise und daß sie den Auftrag habe, zu-nächst ein Abkommen zur Liquidierung des Zollkrieges und in unmittelbarem Zusammenhang damit einen endgültigen Han-delsvertrag abzuschließen. Auf dem Gebiete der Zins-, Kapital- und Kreditpolitik stellte der Minister eingehend die Gemein-schaftsarbeit zwischen Reichsbank und Reichsregierung zur Ver-billigung des Kredites zur einheitlichen Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder, sowie in der Führung der Beratungsstelle und im Reparationspolitischen Ausschuß der Reichsregierung dar. Auch die Reichsbank werde sich mit allen Kräften bemühen, für die Konsolidierung der kurzfristigen Kommunalschulden eine große amerikanische Anleihe zu erhalten. Der Minister betonte weiter, daß alle Maßnahmen wirkungslos blieben, falls es nicht gelänge, die große Reichsreform durchzuführen. Die Reichs-regierung habe Verfassung und Verwaltungsreform aus der Theorie in die Praxis übergeführt. Nach dem Programm für die Ministerpräsidentenkonferenz im Januar 1929 liege die Reichs-regierung entschlossen, Maßnahmen zur Gewährleistung spar-samer Finanzwirtschaft und praktischer Einzelarbeit in der Ver-waltungsreform vorzuschlagen und durchzuführen. Die Stunde zum Handeln habe geschlagen. Gegenüber Bestellungen der Interpellation erklärte der Minister, daß die Preisfrage nicht leicht noch oben steige, daß man im Gegenteil von einer weiteren Entspannung sprechen könne. Die Regierung lege keine Not-wendigkeit, ansehensberühmte Vollmachten zu erbitten, um auf die Preise einzuwirken.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

beantwortete dann den zweiten Teil der sozialdemokratischen Interpellation, der sich mit Fragen der Lohnpolitik, der sozialen Renten und mit den für die Fürsorge maßgebenden Bestim-mungen beschäftigt. Der Nachdruck liege auf den Fragen der Lohnpolitik. Bekanntlich habe die aufsteigende Konjunktur des letzten Jahres auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt. Der Minister betonte ausdrücklich den Zusammen-hang zwischen Lohnregelung und Konjunktur. Da jede behörd-liche Einwirkung auf die Lohngestaltung ihrer Natur nach be-zweckt sei, seien die Behörden nicht in der Lage, die Lohnent-wicklung maßgebend zu bestimmen. Die Schlichtungsbehörden seien sämtlich befreit gewesen, bei neuen Tarifverträgen die Löhne im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu setzen. Er habe stets entschieden dafür Sorge getragen, daß auch die Ar-beiterschaft aus der Rationalisierung einen Nutzen ziehe, ent-weder durch Steigerung der Nominallöhne oder durch Preis-senkung. Auch die Sozialrenten hätten in letzter Zeit eine teil-weise beträchtliche Erhöhung erfahren und zwar in einem solchen Umfange, daß die Beitragskraft der Versicherten und der Unter-nehmer wie auch die Leistungsfähigkeit des Reichs außerst an-gespannt worden sei. Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen in der Sozialversicherung habe in diesem Jahre eine Höhe von 3,5 Milliarden gegen etwa 1,4 Milliarden im Jahre 1913 erreicht. Auch für die Kleinrentner seien die im Ausschuß angeführten Hilfsmittel bereits eingeleitet. Der Minister verwies weiter auf die Verbesserung der Verhältnisse der Kriegs-beschädigten, die gegenwärtig im Ausschuß beraten werde.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die deutsche Sozial-politik trotz der unabweisbaren Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in wenigen Jahren Leistungen vollbracht habe, welche die Taten von Jahrzehnten der Vorkriegszeit weit übertriffen.

Aus Stadt und Land.

Ultensteig, den 2. Dezember 1927.

Die Wohnungszwangswirtschaft ist nun, wie aus einer Bekanntmachung des Oberamts Nagold hervorgeht, im ganzen Oberamtsbezirk Nagold auf-gehoben.

— Weihnachts-Expres- und Eilgutverkehr. Von der Reichsbahndirektion wird mitgeteilt: Zur Bewältigung des diesjährigen Weihnachts-Expres- und Eilgutverkehrs werden im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart neben einer größeren Anzahl von außerordentlichen Expres- und Eilgutkurzwagen in den regelmäßigen Schnell-, Personen- und Eilgutzüge noch eine Reihe Sonderzüge gefahren. Insbesondere wird für den starken Expresgutverkehr nach dem Rheinlande, Ruhrgebiet, Westfalen sowie nach Norddeutschland über Frankfurt a. M. ein besonderer Expreszug Schnellzug Ulm—Stuttgart Hbf.—Heidelberg—Darmstadt—Mainz—Rln.—(Frankfurt a. M.) geführt mit Anschlüssen von der Hohenzollernbahn und von der oberen Neckarbahn.

Aus dem Oberamt Calw

c. Gebühren für die Benützung des Kranken-Autos. Des Oberamt Calw macht bekannt: Der Bezirksrat hat mit Beschluß vom 16. November 1927 die Gebühren für Benützung des Kranken-Autos wie folgt festgesetzt: a) Für eine Fahrt in die Stadt: 3-4 M bei Tag, 4-5 M bei Nacht und Sonntags. Hierin ist auch die Vergütung für 1 Begleitperson enthalten. b) Für Fahrten nach den Bezirksorten: bei zusammen nicht mehr als 10 Kilometer: 60 S für jeden gefahrenen Kilometer, bei zusammen nicht mehr als 20 Kilometer: 50 S für jeden gefahrenen Kilometer, bei mehr als 20 Kilometer: 40 S für jeden gefahrenen Kilometer. Außerdem 1 M für 1 Stunde für jede Begleitperson. Mindestgebühr 4 M neben Vergütung für die Begleitperson. Für Mitnahme von mehr als 1 eigener Begleitperson, welche von der Verwaltung weder bestellt, noch von ihr zu bezahlen ist, 20 S für 1 Kilometer. Für Nacht- und Sonntagsfahrten werden Zuschläge zu diesen Sätzen erhoben in Höhe von 20 Prozent derselben. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. c) Für Fahrten nach außer-halb des Bezirks und bei Nachtbezirksangehörigen ist die Ver-waltung berechtigt, je nach Lage des einzelnen Falles Zuschläge zu vorschlagenden Sätzen zu erheben.

Aus dem Oberamt Freudenstadt

1. Abgabe von Brennholz an bedürftige Schwerkrriegs-beschädigte, Kriegerhinterbliebene und Altveteranen zum Forts-preis. Das Bezirkswohlfahrtsamt Freudenstadt gibt bekannt: An bedürftige Schwerkrriegsbeschädigte, Krieger-hinterbliebene sowie Altveteranen kann für den eigenen Be-darf Brennholz am den Fortspreis abgegeben werden. Als Abgabemengen kommen in Betracht: für einsehbende Be-schädigte, Hinterbliebene sowie Altveteranen bis zu 2 Am., für Haushaltungen von Beschädigten, Hinterbliebenen und Al-tveteranen mit 2 und 3 Köpfen bis zu 3 Am., mit 4 und mehr Köpfen bis zu 4 Am. Bezahlung hat innerhalb drei Monaten nach erfolgter Zuweisung zu erfolgen. Gesuche um Zuweisung von Brennholz sind unter Angabe der gewünschten Menge und in welcher Weise die Zahlung erfolgt, bis spätestens 3. Dez. 1927 an das Bezirkswohlfahrtsamt zu richten. Später ein-gehende Gesuche können unter keinen Umständen mehr berück-sichtigt werden.

Aus dem Lande

Herrenberg, 1. Dez. (Bankagentur.) Die Bankfirma Carl Weil u. Co., Herz-Lübingen, die seit beinahe zwei Jahrzehnten enge Beziehungen zum hiesigen Bezirk unter-hält, hat nunmehr am hiesigen Plage eine Agentur er-richtet und solche Herrn Kaufmann Hugo Holz am Markt übertragen.

Alpirsbach, 1. Dez. Nach beinahe vierteljährigen Repa-raturarbeiten am Klosterturm sind diese nunmehr für dieses Jahr beendet. Auch im Innern des Glockenturmes fielen größere Instandsetzungen an. An verschiedenen Stellen wies das Gemäuer Risse auf und mußte der obere Teil des Turmes mit Eisenklammern abgebeugt, desgleichen schadhaft gewordenes Gebälk ausgewechselt werden.

Roßweil, 2. Dez. (Die Schwester erschossen.) Heute nachmittags erschoss der 50jährige Apo-theker Keller mit dem Jagdgewehr seine 45jährige Schwester. Er war mit seiner Schwester wegen Erbschaftsangelegenheiten in Streit geraten. Die Schwester war sofort tot. Der Täter hat sich dem Gericht gestellt.

Stuttgart, 2. Dez. (Autodiebstähle.) In den letzten Wochen sind hier nach Einbruch der Dunkelheit verschiedene vor Gaststätten und Wirtschaftshäusern abgestellt gewesene Personentransportwagen abhanden gekommen. Die Wagen sind aber, wie sich bald darauf herausstellte, nicht mit Abrei-nungsabsichten entwendet worden, sondern um damit Ver-gütungsfahrten zu machen, denn sie wurden meist schon tags darauf mit aufgebrauchtem Betriebsstoff und teils mehr oder weniger beschädigt in irgend einem Stadteil wieder aufgefunden. Die Täter — zehn hiesige Burschen im jugendlichen Alter von 15 bis 18 Jahren — konnten nun von der Polizei ermittelt und dem Gericht übergeben werden.

Ullshofen, Oß. Hall, 1. Dez. (Zwei Kinder ver-brannt.) In einem dem Bauern Albert Erb gehörenden, am Wohnhaus angebauten Schuppen brach vormittags ein Brand aus, der jedoch von herbeigeleiteten Einwohnern mit Hilfe von Minnapparaten in ganz kurzer Zeit gelöscht werden konnte, so daß die herbeigeleitete Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit treten mußte. Die Ehefrau des Erb hatte zu einem Gang das Haus verlassen und ihren dreijährigen Sohn mit der fünfjährigen Tochter des Nachbarn Heinrich Stoll zurückgelassen. Die Kinder haben in dem Schuppen gespielt und in dem darin befindlichen Stroh ein Loch gemacht, wo sie anscheinend hineingekrochen sind. Wie nun vermutet wird, haben sie eine Laterne angezündet, wodurch das Stroh in Brand geraten ist. Von den Kindern war keine Spur mehr vorhanden, erst bei den Aufräumungsarbeiten fand man diese unter dem verfallenen Strohhäufen, schrecklich verbrannt vor.



Vorzheim, 1. Dez. (Zwei Wohnhäuser und eine Scheune abgebrannt.) In Singen, Amtsbezirk Vorzheim, brach heute früh in dem Wohnhaus des Goldschmieds Wilhelm Denny Feuer aus, durch das das Haus bis auf einige Mauerreste eingestürzt wurde. Das gesamte Mobiliar ist mitverbrannt. Außerdem brannte das danebenliegende Wohnhaus des Schneidermeisters Rohweg und eine Scheuer nieder. Es handelt sich um kleine Häuschen, die rasch ein Opfer der Flammen wurden. Die Brandursache ist noch völlig unklar.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Dreifaches Todesurteil. Vor dem Schwurgericht München fand nach zweitägiger Verhandlung der Vatermord in Oberding (Oberbayern) seine Sühne. Unter der Anklage des Mordes an dem 61 Jahre alten Landwirt Joseph Mittermaier aus Oberding hatten sich der frühere Dienstknecht Franz Rutzmojer und der Dienstknecht Witt, wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen der Landwirt Simon Mittermaier, der Sohn des Ermordeten, und wegen Beihilfe die Landwirtsehefrau Katharina Berger, die Tochter des Ermordeten, zu verantworten. Das Urteil lautete für die Angeklagten Rutzmojer, Witt und Simon Mittermaier entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf Todesstrafe. Die Angeklagte Berger wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen.

Handel und Verkehr.

Getreide

Stuttgarter Landesproduktionsliste vom 1. Dez. Die Preise sind unverändert.

Kartlächer Produktionsliste vom 30. Nov. Am Brotgetreidemarkt stritten die niedrigeren amerikanischen Notierungen abnehmend. Werte liegt im Vordergrund des Interesses, ebenso alle Kraftfuttermittel. Weizen 26.50-27, Roggen 25.50-26, Sommergerste 27.25-28.20, Wintergerste 22.50-24, Hafer 21-21.50, Platamais 21-21.50, Weizenmehl 28.25-28.50, Roggenmehl 26.25-26.75, Weizenfuttermehl 15.75-16.25, Weizenkleie fein 13.75-14, Weizenkleie grob 14-14.25, Roggenkleie 14.25-14.75, Biertraber 18-18.50, Malzkeime 17.25-17.50, Erbsenroh 11, Weizenroh 7.50-8, weissebohnen 6.25-6.75, Weizen 8-8.50, Luzerne 9-9.25, Weizen-Roggenstroh drabierrecht 4.25-4.75, alles per 100 Kilo.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 1. Dezember
Zugvieh waren 12 Ochsen, 1 Bulle, 80 Jungbullen, 62 Jungrinder, 16 Röhre, 292 Kälber, 654 Schweine; unverkauft blieben 10 Jungbullen, 30 Jungrinder.

58 Kilo per 50 Kilo, Lebendgewicht:
Ochsen:
angem. und vollk. 36-40, H. 47-53;
Bullen:
angem. und vollk. 40-52, H. 45-48;
Jungrinder:
gem. 57-61, angem. 46-55, H. 44-47;
Kälber:
gem. 40-46, angem. 39-37, H. 19-29, ger. gem. 15-18;
Röhre:
feinste Wahl- und beste Saugkälber 68-70, mittel 57-64, ger. 46-50;
Schweine:
über 300 Pfund 64-65, von 240-300 Pfund 63-64, von 200-240 Pfund 58-62, von 150-200 Pfund 56-58, von 120-150 Pfund 53-56; Sauren 45-55. — Verlauf des Marktes: schlussend, Ueberband.

Stuttgarter, 1. Dez. (Großmärkte.) Kartoffelmarkt auf dem Leonbardsplatz: Zufuhr 50 Zentner, Preis 5-5.50 M für 1 Zentner. — Silbertraumarkt auf dem Leonbardsplatz: Zufuhr 26 Zentner, Preis 5 M für 1 Zentner. — Weizenmarkt auf dem Wilhelmplatz: Zufuhr 130 Zentner, Preis 6.50-7 M für 1 Zentner.

Holz

Freudenstadt, 1. Dez. (Holzverkäufe der Stadtgemeinde.) Bei dem am 29. November abgehaltenen Spaltholzverkauf auf der Stadt Waldinspektion wurden für 44 Km. Spaltholz 739 M Erlös. (Anschlag 714 M.) Dies entspricht einem Durchschnittspreis von 16.80 M für 1 Km. — Bei dem am gleichen Tage abgehaltenen Brennholzverkauf wurden für 299 Km. hauptsächlich tannene Prügel und Anbruch 3863 M Erlös. Das Ausbot betrug 2463 M. Der Erlös ergibt einen Durchschnittspreis von 12 M 92 S.

Millionen-Holzverkauf in der Rheinpfalz. Jetzt liegt das Gesamtergebnis der drei großen Rundholzverkaufstermine vor, die in Kaiserlautern, Landau und Pirmasens abgehalten wurden, wobei es sich um ein Gesamtangebot von rund 67 000 Km. Nadelnholz handelte. Bei reger Kauflust konnte alles bei wesentlicher Ueberschreitung der Anschläge abgesetzt werden. Badenstammholz erlöste im Preisbezirk I für 5250 Km. N-Güte 4. Kl. 44 M, 3270 Km. 5. Kl. 29 M, 640 Km. 6. Kl. 21 M, für 350 Km. 4. Kl. 31 M, sowie für 130 Km. 5. Kl. 27 M je Km. (= 143 Prozent der Landesgrundpreise), im Preisbezirk II für N-Güte 1410 Km. 4. Kl. 40 M, 530 Km. 5. Kl. 30 M, 10 Km. 6. Kl. 20 M (= rund 137 Prozent der Landesgrundpreise), im Preisbezirk III für N-Güte, und zwar 1000 Km. 4. Kl. 40 M, 690 Km. 5. Kl. 29 M (= 137 Prozent der Landesgrundpreise), Sainbuchenstammholz in N-Güte, insgesamt nur 20 Km., erzielten in 5. Kl. 40 M, 6. Kl. 25 M (= 100 Prozent der Bezirksgrundpreise). Für 500 Km. Buchenrundlinge 1. Kl. wurde 15.50 M je Km. (= 115 Prozent der Bezirksgrundpreise) erzielt, für 3700 Km. Buchenschwellenholz 1. Kl. 28 M, 625 Km. 2. Kl. 25 M je Km. (= 122 Prozent der Landesgrundpreise). Eichenstammholz im IV. Preisbezirk erzielte für 210 Km. 6. Kl. 110 Prozent der Bezirksgrundpreise, bezw. 22 M je Km. ab Wald. Von Eichenrubenlangholz wurden im Preisbezirk I 50 Km. 1. Kl. zu 16 M, 630 Km. unsortiert zu 15 M je Km. abgesetzt (= 119 Prozent der Bezirksgrundpreise). Für 110 Ster Eichenstammholz 1. Kl. wurden 13,70 M und für 330 Ster 2. Kl. 10,30 M je Ster ab Wald (= 166 Prozent der Bezirksgrundpreise) erzielt, für 180 Ster Eichenstammholz 7,80 M je Ster (= 167 Prozent der Bezirksgrundpreise), für 1200 Stück Eichenstangen 1. Kl. 2,40 M, 2. Kl. 1,20 M, 3. Kl. 0,56 M, 4. Kl. 0,28 M je Stück (= 79 Prozent der Bezirksgrundpreise). Von Kiefern-Schwellenholz wurden 4000 Km. 1. Kl. zu 32 M, 790 Km. 2. Kl. zu 26 M und 10 Km. 3. Kl. zu 21 M je Km. verkauft (= 135 1/2 Prozent der Landesgrundpreise), von Kiefern-Ristenholz je 30 Km. zu 22,80 M, bezw. 21 M je Km. (= 109 Prozent der Bezirksgrundpreise), von Kiefern-Wellholz 240 Ster zu 15 M je Ster (= 125 Prozent der Bezirksgrundpreise).

Lechte Nachrichten.

Drei Todesurteile

Thorn, 1. Dez. Die Strafkammer des Bezirksgerichtes in Thorn verurteilte die 24 Jahre alte Zwanzopf, den 29jährigen Templin und den 20jährigen Zwanzopf zum Tode. Die Zwanzopf war angeklagt, im Februar 1927 ihren Ehemann gemeinsam mit ihrem Geliebten Templin und ihrem Vetter Albin Zwanzopf ermordet zu haben.

Hausfuchungen im Elsaß

Paris, 1. Dez. Wie Havas aus Strassburg berichtet, sind im Zusammenhang mit der Propagandatätigkeit für die Gesellschaft Sapat, gegen die von der Regierung Maßnahmen eingeleitet worden sind, erneut Hausfuchungen vorgenommen worden und zwar bei dem Generalsekretär der Hilfsvereinigung der Lehrer des Departements Unterthein in Strassburg, ferner bei einem Lehrer in Hagenau und bei dem Generalsekretär der Lehrerbereitschaft des Departements Oberthein in Colmar.

Locomotive gegen Postauto

Berlin, 2. Dez. Gestern abend wurde das Postauto, das den Verkehr zwischen Wollin und Brandenburg vermittelt, kurz hinter Brandenburg an einem schrankenlosen Bahnübergang über die Geleise der brandenburgischen Städtebahn von einer Rangiermaschine erfasst. Von den Passagieren des Autos wurden insgesamt 12 Personen verletzt. Der Anhänger des Autos wurde von der Lokomotive erfasst, stürzte um und die beiden Wagen, die an die Lokomotive gekoppelt waren, entgleisten und fielen auf den Anhänger. Polizei und Rettungsmannschaften waren rasch zur Stelle und borgen 12 Verletzte aus den Trümmern.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Gassl
Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei, Altenheim

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt ein illustrierter Prospekt der bekannten Firma Berg u. Schmid in Nagold bei, den wir unseren Lesern zur eingehenden Beachtung empfehlen.

Karl Eppinger Uhrmacher und Optiker
Calw Badstraße Nr. 345 und 364

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Uhren jeder Art
mod. Optik, wie Brillen, Zwicker
Barometer, Operngläser, Feldstecher usw.
Zeiß-Punktal-Gläser

schwer versilberte Tafel-Bestecke
von der Württ. Metallwarenfabrik Geislingen
längst bewährtes bestes Fabrikat
Metallwaren-Tafelgeräte in Nickel und
versilbert, schön reichgeschliffenes echtes
Bleikristall, Goldwaren, Ketten, Rirge,
Nadeln, Collier usw. zu äußerst billigen Preisen

Morgen

Samstag, den 3. Dezember
wird meine neue Filiale

Marktstrasse 20

eröffnet

in dieser Filiale wird hauptsächlich der Verkauf von **Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Aussteuerartikeln, Gardinen, Handarbeiten etc.** in bekannt guten Qualitäten und schöner Auswahl gepflegt werden.

Christian Schwarz, Nagold

Bahnhof- und Marktstraße.



Amtliche Bekanntmachung.

Wohnungszwangswirtschaft

Die Wohnungszwangswirtschaft ist in sämtlichen Gemeinden des Bezirks aufgehoben.

Die Mieterhuthbestimmungen werden dadurch nicht berührt.

Ragold, den 29. November 1927.

Oberamt:

Dr. Rauneder, Amtmann.

Beuren.



Nadelstammholz-Verkauf

Die Gemeinde bringt aus dem Gemeindefeld Enzwald nachstehendes Langholz im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

Abtlg. Hardt Los Nr. 1. Tannen.

Nr. 1-60 4.07 2., 11.64 3., 6.94 4., 6.36 5., 1.87 6. Klasse. Sägholz: 69 1., 127 2., 48 3. Klasse, zus. 3332 Fest m.

Los Nr. 2. Tannen.

Nr. 61-120 3.19 1., 3.54 2., 7.43 3., 9.37 4., 7.91 5., 84 6. Kl. Sägholz: 1.96 2., 1.15 3. Klasse, zus. 3539 Fest meter.

Los Nr. 3. Tannen.

Nr. 121-220 3.19 1., 9.25 2., 13.95 3., 10.44 4., 14.11 5., 1.94 6. Klasse.

Sägholz: 4.36 2., 1.95 3. Klasse, zus. 5919 Fest meter.

Ferner kommen 27 Km. Papierholz,

16 Km. Brennholz und

3 Km. buchene Scheiter zum Verkauf.

Die Angebote sind in Prozenten nach der neuen Grundpreislifte, gültig vom 1. Oktober 1927 ab, bis Dienstag, den 6. Dezember ds. J., nachmittags 2 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen.

Bedingungen liegen beim Schultheißenamt auf.

Beuren, den 1. Dezember 1927.

Gemeinderat.

Martinsmoos, den 1. Dezbr. 1927.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe, treue-sorgte Mutter

Anna Maria Rugele
geb. Schrotz

heute früh $\frac{1}{3}$ Uhr, nach langem schwerem Leiden, im Alter von nahezu 70 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist

Um stille Teilnahme bittet, der tiefbetrübte Sohn:

Ulrich Rugele.

Beerdigung Sonntag mittag 1 Uhr.

Altensteig



Achtung Regler
und
Regel-Freunde!

Am Sonntag, den 4. Dezember 1927 findet von nachmittags 2 Uhr ab

großes

Preis-Regeln

statt, wozu freundlich einladet

Fr. Scher z. Löwen.

Egenhausen, den 1. Dezember 1927.

Todes-Anzeige.



Dem Allmächtigen Gott hat es gefallen, meine liebe treue Gattin, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Anna Maria Bauer
geb. Mafer

nach schwerer Krankheit, im Alter von nahezu 60 Jahren, in die Ewigkeit abzurufen.

Der trauernde Gatte

Gottlieb Bauer, Schreiner

mit Kindern:

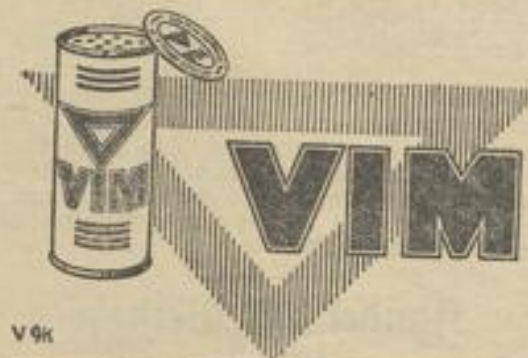
Christiane, Christian, Johanne, Marie.

Beerdigung Samstag mittag 1 Uhr.



Jhr Badezimmer

blitzt vor Sauberkeit, wenn Sie VIM zum Reinigen nehmen.



V 9k

! 10% Rabatt
auf
Alle Mäntel
Küblers gestr. Mädchenkleider
" " Reformhosen
" " Schulanzüge
Gustav Wucherer, Altensteig

Laden-Eröffnung und -Empfehlung
Einer werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung zur Kenntnisnahme, daß ich neben meinem Maßschuhgeschäft von heute ab ein
Ladengeschäft in fertigen Schuhwaren
jeder gangbaren Sorte führe. Es ist dabei mein eifrigstes Bestreben, meine Kundschaft in Preislage und Qualität reell zu bedienen.
Infolge günstigen Einkaufs bin ich in der Lage, trotz Aufschlag durchweg zu alten Preisen zu verkaufen und biete an:
Damenhalbschuhe und Lackspangenschuhe von 11.50 ab
Damenstiefel auch in Boxcall von 12.50-21.-
Herrenhalbschuhe u. Stiefel auch in Boxcall von 13.-22.-
Braune Herrentouren-Stiefel Original Goodyear Welt
Rahmenarbeit mit eingnähter Wasserrahme **21.- Mark**
Ich bitte um geneigtes Wohlwollen und um den Besuch meines Ladens. Ein Versuch genügt und Sie werden dauernder Kunde.
Hochachtend
Alfred Mast, Schuhgeschäft.
Altensteig, den 1. Dezember 1927.

Elegantes Briefpapier
kauft man in der **W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.**

Turnverein Altensteig.
Morgen Samstag Abend punkt 9 Uhr
Turn-versammlung
Um zahlreiches Erscheinen der aktiven u. passiven Mitglieder wird gebeten.
Um 8 Uhr Nassschuh-sigung im Lokal.
Der Vorstand.

Zimmer zu vermieten.
Ein möbliertes Zimmer mit zwei Betten und ein möbliertes Zimmer mit einem Bett beide Zimmer heizbar sofort zu vermieten.
Hermann Kaltenbach
Schillerstraße.
Altensteig

Sonntag, den 4. Dezbr.
Hunde- und Taubenbörse
bei
Seeger zum „Dörsen“.

Stilkleider
die große Mode, Kleidung für Gesellschaft, Nachmittag und Sport, nur Allerletztos bringt d. Winterband von **Beiers Modelührer.**
Für 1,50 M Überall zu haben.
Verlag Otto Meyer, Leipzig 7

Zu beziehen durch die **W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig**

